

★ TOP



EnBW gibt 24,95 Prozent aller Anteile an der Transnet BW an eine Allianz von Finanzinstituten aus Baden-Württemberg ab. (Foto: TransnetBW)

TEILVERKAUF

Zuschlag: EnBW beteiligt Sparkassen an Transnet BW

Karlsruhe (energate) - Die EnBW ist künftig nicht mehr Alleineignerin der Transnet BW. Der Karlsruher Konzern veräußert knapp ein Viertel aller Anteile des Übertragungsnetzbetreibers an ein regionales Finanzkonsortium. Über finanzielle Details sei Stillschweigen vereinbart worden, teilte die EnBW mit. Demnach entschied sich der Konzern jetzt für das mehr als 30-köpfige Südwest Konsortium unter Führung eines Landesverbands der Sparkassen aus Baden-Württemberg. Die ARD-Rundfunkanstalt SWR will erfahren haben, dass die Allianz aus Banken und Sparkassen 1 Mrd. Euro für ihren Einstieg bezahlt. Finanzvorstand Thomas Kusterer kündigte an, das frische Kapital in weitere Energiewende-Vorhaben investieren zu wollen.

Der Zuschlag der EnBW sei für das Südwestkonsortium von "historischer Bedeutung", sagte Peter Schneider, Präsident des Sparkassenverbands Baden-Württemberg. "Sämtliche Mitglieder unserer Investorengruppe sehen sich als langfristig orientierte Finanzpartner", hieß es weiter. Generell gelten Infrastrukturinvestments wie dieses im Finanzsektor als begehrt. Darauf verwies die Anwaltskanzlei Rosin Büdenbender, die die Transaktion begleitete. Dass die Wahl der EnBW auf das Südwestkonsortium als Käufer fiel, überrascht nicht. Die Sparkassen, Banken und Versicherungen waren seit Monaten als möglicher neuer gemeinschaftlicher Miteigner von Transnet BW gehandelt worden. Die Entscheidung der EnBW ist ohnedies Ergebnis eines mehrstufigen Verkaufsprozesses, den die EnBW schon 2022 mit Blick auf den immensen Investitionsbedarf bei Transnet BW angestoßen hatte.

INHALTSVERZEICHNIS

★ TOPMELDUNG

Zuschlag: EnBW beteiligt Sparkassen an Transnet BW 1

🏠 POLITIK

Heizgesetz: Habeck offen für späteren Start im Bestand 2

Branche drängt auf Ziele für Offshore-Elektrolyse 3

Fragen über Fragen über Fragen - eine Glosse 4

🏢 UNTERNEHMEN

Enercity steigt bei Heizungsplaner Ökoloco ein 5

Ex-EnBW-Chef Villis steigt bei IT-Dienstleister Redtree ein 6

Stromnetz Hamburg steigert Ergebnis 6

Heidebroek löst BWE-Präsident Albers ab 7

⚡ STROM

BWE sieht weiterhin politische Baustellen 7

Centrica und Fraport schließen Stromliefervertrag 8

"Mittelstand hat das Nachsehen" 8

🔥 GAS & WÄRME

Schwerin hängt Preisschild an LNG-Terminal Mukran 9

Offene Debatte soll Akzeptanz für CCS schaffen 9

Stadtwerke Flensburg schalten Kohlekessel früher ab 10

Sefe wird Eurogas-Mitglied 10

"Wir wundern uns, wie Deutschland die Biomasse bremst" 10

🌟 NEUE MÄRKTE & TECHNOLOGIEN

Neuer Messdienstleister betritt Markt 13

Edna vollzieht Kehrtwende beim Lieferantenwechsel 13

Bessere Breitbandausnutzung durch Genossenschaftsmodell 13

"Energieeinsparpotenziale von bis zu 15 Prozent" 14

🇦🇹 ÖSTERREICH

Nationalrat stimmt für Erhöhung des Energiekrisenbeitrags für Stromerzeuger 15

Deutliches Ergebnisplus bei der EVN 15

Studie: Österreich könnte Ziele des EAG bis 2030 verfehlen 16

"Jeder Beitrag zählt" 16

Teilverkauf mit Blick auf kommende Milliardeninvestitionen

Anlässlich der Einigung mit dem neuen Investmentpartner verwies die EnBW darauf, dass die Wirtschaftsprüfer von Ernst & Young den finanziellen Aufwand für den Netzausbau im Rahmen der Energiewende bis 2045 auf 126 Mrd. Euro schätzen. Auf Transnet BW kommen EnBW zufolge für die Großvorhaben

Suedlink und Ultranet allein bis 2035 mindestens rund 10 Mrd. Euro Investitionsbedarf zu. Die neuen Miteigner werden dies entsprechend ihren Anteile mittragen, hieß es nun.

KFW als möglicher zweiter Investor von Transnet BW

Angesichts der benötigten Milliardensummen verwundert es nicht, dass das Südwestkonsortium nicht der einzige finanzstarke Investor bleiben könnte. Die staatliche KFW-Bank hält eine Option, die sie dazu berechtigt, zu den gleichen Konditionen wie das Südwestkonsortium ebenfalls knapp 25 Prozent an Transnet BW zu erwerben. Darüber werde "in den kommenden Wochen entschieden". Wichtig allerdings aus Sicht der EnBW: Unabhängig davon, ob der Bund über die KFW-Bank mittelbar Miteigner von Transnet BW wird, die Karlsruher bleiben mit in jedem Fall mit mindestens 50,1 Prozent maßgeblicher Mehrheitseigner bei dem Übertragungsnetzbetreiber. Das bedeutet, weder das regionale Finanzkonsortium noch die Staatsbank haben oder hätten eine Sperrminorität. Die EnBW-Führung selbst sprach in diesem Zusammenhang von einem "Bekenntnis zu den Übertragungsnetzen".

KFW könnte auch bei Tennet einsteigen

Ob die KFW tatsächlich bei Transnet BW einsteigt, ist offen. Schließlich ist die Bank aktuell in die milliardenschwere Rettung von Uniper involviert und gilt auch als ein wahrscheinlicher Abnehmer für die Deutschlandsparte der Tennet. Die Niederlande als Mehrheitseigner von Tennet wollen diesen Teil von Tennet - ebenfalls mit Blick auf die zu erwartenden Netzausbaukosten - verkaufen. Ferner laufen politische Gespräche mit den Erneuerbaren-Verbänden des BEE, bei denen es darum geht, die Zinssätze für die Erneuerbaren-Programme der KFW zu erhöhen. Eine Entscheidung dazu sei noch nicht gefallen, hieß es bei einem Policy Briefing des Windkraftverbandes BWE.

Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat mit dafür gesorgt, dass die öffentliche Hand anders als in der Vergangenheit auf zentrale kritische Infrastruktur schaut und diese im Zweifel nicht privaten Großinvestoren oder anderen Staaten überlassen will. Zuvor schon, im Jahr 2018, hatte die KFW im Auftrag des

Bundes 20 Prozent am Übertragungsnetzbetreiber 50 Hertz übernommen. Mehrheitseigner dort ist die belgische Elia Group. /pa
Von Philip Akoto



POLITIK

WÄRMEWENDE

Heizgesetz: Habeck offen für späteren Start im Bestand

Berlin (energate) - Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) ist bereit, das Gebäudeenergiegesetz (GEG) in einem wesentlichen Punkt zu ändern: bei den Fristen für Neu- und Bestandsgebäude. "Wir könnten ab dem 1. Januar 2024 mit dem Umstieg für Neubauten anfangen. Bei den Bestandsgebäuden würde ich gern den Wunsch nach mehr Zeit aufnehmen", sagte Habeck der Funke Mediengruppe. Er verwies auf fehlende Fachkräfte und Lieferengpässe bei Material.

Habeck kommt damit unter anderem Forderungen aus den Bundesländern entgegen, die den Start der Regelungen im Bestand in einer gemeinsamen Stellungnahme zum Gesetz kritisch bewertet hatten. Die Länder hatten auch auf Personalknappheit hingewiesen. In einem aktuellen Papier der SPD-Bundestagsfraktion heißt es ebenfalls, dass für den Bestand andere Fristen für den Start des GEG denkbar sind. Mit dem Gesetz soll das in der Koalition vereinbarte Ziel, neu eingebaute Heizungen nur noch mit einem Anteil von 65 Prozent erneuerbare Energien zuzulassen, verbindlich werden.

Bei den möglichen Technologien, um die Auflagen zu erfüllen, zeigt sich Habeck nun gesprächsbereiter. Er nannte etwa Holzpellets. Für eine breitere Rolle der Biomasse auch in Neubauten hatte unter anderem die bayrische Landesregierung geworben. Lob für die Signale des Ministers kommt aus der FDP. Der energiepolitische Sprecher der FDP-Fraktion im Bundestag, Michael Kruse, sprach von einer späten, aber richtigen Erkenntnis. "Für das Einsparen innerkoalitionärer Energieverbräuche wäre es sehr wünschenswert, wenn derartige

entLastmanagement[®] by Unigy

So geht's: Wir optimieren und traden für Sie 24/7 im „Algo-Rhythmus“ – All Assets, PPAs und Energieportfolios – holen das Beste für Sie raus und halten Ihnen den Rücken frei.

[Hier erfahren Sie mehr](#)

UNIGY[®]
Your Energy Optimizer

Erkenntnisse des Ministers in Zukunft bereits bei Erstellung von Gesetzen durch das Ministerium einfließen." Mit der Bereitschaft zur grundlegenden Überarbeitung könne ein gutes Gesetz entstehen.

GEG nicht auf der Juni-Tagesordnung

Heftigen Streit gibt es indes weiter um den Zeitplan des Gesetzgebungsverfahrens. Der Ältestenrat des Bundestages hat sich am 25. Mai auf die vorläufige Tagesordnung des Bundestages für die kommenden Sitzungswochen geeinigt. Das Gebäudeenergiegesetz ist nicht darauf. Wenn dies so bliebe, wäre eine Verabschiedung vor der Sommerpause in zweiter und dritter Lesung sowie die Expertenbefragungen damit endgültig unmöglich.

Die Grünen üben deswegen heftige Kritik an der FDP. "Die FDP-Fraktion blockiert weiter die parlamentarischen Beratungen des Gebäudeenergiegesetzes. Sie sabotiert damit den mit Kanzler Scholz vereinbarten Zeitplan", erklärte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Julia Verlinden. Die Arbeitsfähigkeit der Ampel nehme wegen des Verhaltens der FDP Schaden.

Allerdings ist nicht ausgeschlossen, dass das GEG doch noch im Juni im Bundestag beraten wird. Zu Beginn jeder Sitzungswoche beraten die Parlamentarischen Geschäftsführer der Fraktion jeweils über die Tagesordnungen und ändern diese bei Bedarf.

VKU: Umstellung der Wärmenetze braucht mehr Zeit

Sollte das GEG doch erst nach dem Sommer beraten werden, würde es gleich laufen mit dem Gesetz zur kommunalen Wärmeplanung. Im Entwurf ist dieses in der laufenden Woche bekannt geworden. Vorgesehen ist etwa, dass Wärmenetze ab 2030 über einen Erneuerbarenanteil von 50 Prozent verfügen müssen. Aus Sicht des Stadtwerkeverbandes VKU ist dies zu schnell, wie Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing in einem aktuellen Interview im Deutschlandfunk betont.

Kommunen bis 100.000 Einwohnern haben laut Entwurf bis 2028 Zeit, entsprechende Pläne für die Umstellung der Netze zu erstellen. Eine Umsetzung bis 2030 sei daher möglich, so Liebing. "Das

sind kapitalintensive, teure Projekte, die auch Zeit kosten, und da gehen nicht so kurze Fristen", so Liebing. Die Bundesregierung will das Gesetz zur Wärmeplanung Ende Juni beschließen. **/kw**
Von Karsten Wiedemann

WASSERSTOFFPRODUKTION

Branche drängt auf Ziele für Offshore-Elektrolyse

Helgoland (energate) - Die Wasserstoffwirtschaft fordert Leitlinien für die Produktion auf hoher See. Grünen Wasserstoff vor Ort mit Offshore-Windstrom herzustellen, hat großes Potenzial - ist aber noch nicht ausreichend geregelt. Das kritisiert ein Bündnis, dem Unternehmen und Verbände entlang der Wasserstoff-Wertschöpfungskette angehören, darunter Aquaventus, der BDEW, Gascade, RWE oder Vestas. In einem gemeinsamen Papier appellieren sie an die Bundesregierung, "als ersten Schritt" in die Nationale Wasserstoffstrategie (NWS) eine Strategie speziell für Offshore-Wasserstoff aufzunehmen. Das soll Investitionssicherheit bringen. Mit der NWS will die Regierung grünen Wasserstoff als Alternative zu fossilen Energieträgern fördern. Die aktuell diskutierte Fortschreibung der NWS wurde eigentlich für Mai erwartet, wird sich aber bis in den Juni verzögern.

10.000 MW bis 2035

In ihrem "Appell" betitelten Papier fordert die Branche nun "klare und nachhaltige Perspektiven, um Wertschöpfungsketten aufzubauen und Investitionen zu tätigen". Drei Punkte sind ihr dabei besonders wichtig: erstens, ein in der NWS verankertes Ziel von 10.000 MW installierter grüner Wasserstoffleistung auf See bis zum Jahr 2035.

Zudem wünschen sich die Unterzeichner einen Netzentwicklungsplan für die künftig benötigten Offshore-Pipelines. Deutschland, Dänemark, die Niederlande und das Vereinigte Königreich haben sich im April in Ostende darauf verständigt, bis 2030 zusammen Elektrolysekapazitäten von insgesamt 30.000 MW - auf dem Land und auf See - aufzubauen. Die NWS solle darüber hinaus vorsehen, sich mit weiteren Partnern wie Schottland oder Norwegen zu vernetzen.

IMPRESSUM

Herausgeber & Verlag:

ener|gate gmbh
Norbertstraße 3-5
D-45131 Essen

Handelsregister: Amtsgericht Essen HRB 24811
Sitz der Gesellschaft: Essen

Geschäftsführung: Marc Hüther, Christoph Krug
Chefredakteur: Christian Seelos

Die gesamte Redaktion finden Sie unter
www.energate.de/redaktion

Kundenservice:

Telefon: +49 201 1022-500
kundenservice@energate.de

Redaktionsanschrift:

Norbertstraße 3-5, D-45131 Essen
Telefon: +49 201 1022-500
redaktion@energate.de

Redaktionsanschrift Berlin:

Jagowstraße 17, D-10555 Berlin
Telefon: +49 30 880013-100

Redaktionsanschrift Schweiz:

Ringstrasse 28, CH-4600 Olten
Telefon: +41 62211-6307
redaktion@energate.ch

Anzeigenverwaltung:

Sebastian Engels
Telefon: +49 201 1022-516

Abonnement: Der energate messenger+ erscheint werktäglich im HTML- und PDF-Format und wird per E-Mail versendet. Das Abonnement kostet zurzeit 189,- € (zzgl. MwSt.) monatlich und beinhaltet ein Add-on nach Wahl. Weitere Add-ons sind hinzubuchbar. Abonnenten haben zusätzlich Zugriff auf das Nachrichtenportal www.energate-messenger.de und die energate-App. Preise für Team- und Unternehmenslizenzen auf Anfrage.

Haftungsausschluss & Copyright: Sämtliche Informationen des energate messenger+ wurden mit höchster Sorgfalt erstellt. Für die Vollständigkeit, Richtigkeit und Aktualität der Daten kann jedoch keine Gewähr übernommen werden. Alle Inhalte des energate messenger+ sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Speicherung in elektronischen Systemen und das Weiterleiten per E-Mail.

Neue Branchenquoten

Die dritte zentrale Forderung beinhaltet "verlässliche Anreize für einzelne Branchen zur Nutzung von grünem Wasserstoff", zum Beispiel über Klimaschutzverträge oder Quoten. Das Bündnis pocht außerdem darauf, dass der Bund "für die Infrastruktur angemessene, berechenbare und stabile Netzentgelte" erhebt. /dz
Von Daniel Zugehör

BERLINER WOCHE (KW 21)

Fragen über Fragen über Fragen - eine Glosse

Berlin (energate) - Mehr Verwirrung geht kaum. Am 12. Mai berichtete die Bild-Zeitung, dass die FDP dem Wirtschaftsministerium einen Katalog mit 101 Fragen schicken wolle. Den Beratungen über das Gebäudeenergiegesetz wollten die Liberalen erst zustimmen, wenn alle beantwortet seien. Daraufhin begann eine wilde Suche nach dem Fragenkatalog. Dieser sei unter anderem von FDP-Parteivize Wolfgang Kubicki und dem Abgeordneten Frank Schäffler erarbeitet worden. Die FDP-Fraktion habe die 101 Fragen abgesegnet, berichtete Bild. Nur wusste die Fraktion nichts davon. Und auch im Ministerium war der Fragenkatalog nicht angekommen.

Es seien zwar Fragen eingegangen und auch beantwortet worden, er wisse aber nicht, ob diese gemeint seien, berichtete Christian Maaß, Leiter der Abteilung Energiepolitik - Wärme und Effizienz, auf den Berliner Energietagen. Sie waren es offenbar auch nicht. Laut Bericht des Stern haben die Berichterstatter der Ampel-Parteien 102 Fragen an das Ministerium gestellt. FDP-Fragen lagen hingegen keine vor und konnten folglich auch nicht beantwortet werden.

Schnell ein paar Matheaufgaben klöppeln

Das hielt FDP-Parteigrößen wie Generalsekretär Bijan Djir-Sarai oder Wehrexpertin Marie-Agnes Strack-Zimmermann jedoch nicht davon ab, auf die Beantwortung der 101 Fragen zu bestehen. Schließlich ging es darum, den Koalitionspartner in Sachen Heizungsgesetz unter Feuer zu setzen. Ohne Antworten auf die 101 Fragen könne das Gesetz nicht vor der Sommerpause kommen. Damit wurde die Frage noch drängender - wo sind denn nun diese Fragen?

Die mussten also schnell zusammengeklöppelt werden. Seit dem 24. Mai kursiert nun ein Katalog mit 101 Fragen in der Presse. Der enthält neben vielen interessanten Fragen, deren Antworten teilweise aber auch selbst recherchiert werden könnten, auch Fragen wie: "Wie viele Mehrfamilienhäuser nutzen die oberste Etage bzw. den Dachstuhl als Mieterkeller, Heizungsraum oder



Wir leben IT & lieben Energie – und das seit 30 Jahren. GISA ist Ihr Partner für die digitale Transformation. Mit Kompetenz und Leidenschaft gestalten wir Zukunft!

Besuchen Sie uns auf der E-world 2023 und tauschen Sie sich mit unseren IT-ExpertInnen aus über IT-Plattformen, Cloud Services, Lösungen für Smart Meter & Smart Energy, Meter2cash mit SAP und powercloud, smarte GIS-Lösungen, IoT Use Cases und vieles mehr!

Halle 3, Stand 348. Jetzt anmelden!
gisa.de/eworld

an NTT DATA
Business Solutions
Company

GISA[®]
That's IT.

Wäschetrocknungsraum?" Andere Fragen fordern Beispielrechnungen ein und klingen nach Matheklausur.

55, 77, 101 oder doch 113 Fragen?

Und um die Verwirrung perfekt zu machen, kursieren offenbar noch weitere Fragenkataloge. Einer mit 55 Fragen liegt energate vor. Einige Fragen darin überschneiden sich mit den 101 Fragen. Offenbar sind dies teilweise Fragen der zuständigen Berichterstatter, dürften vom Wirtschaftsministerium also schon beantwortet sein. Am 25. Mai berichtete Bild, die FDP-Bundestagsfraktion habe Habeck nun 113 Fragen geschickt. Andere berichten, im Wirtschaftsministerium seien nun 77 Fragen eingegangen. Also, 36 von den 113 Fragen seien schon beantwortet. Noch Fragen?

Wirtschaftsminister Habeck will die Vertreter der Ampel-Parteien nun zum Gespräch einladen. Es gehe darum, Fragen zu beantworten, beziehungsweise Nachfragen, die sich ja häufig aus Fragen ergeben. Klingt vernünftig. Man kennt das: Ein kurzes Gespräch ist oft ergiebiger als endloser Mailverkehr. Und eine Gesprächsrunde im Wirtschaftsministerium ist wahrscheinlich sinnvoller als eine Kakophonie von FDP-Fragenkatalogen über Twitter und Bild. Außer natürlich, es geht gar nicht um die Beantwortung von Fragen für den Erkenntnisgewinn, sondern um Verzögerung und Blockade. Diese grundsätzliche Frage muss sich die Koalition wohl stellen. /ck
Von Carsten Kloth


ANTEILSERWERB

Enercity steigt bei Heizungsplaner Ökoloco ein

Hannover (energate) - Der Hannoveraner Energieversorger Enercity ist mehrheitlich beim Heizungsplaner Ökoloco eingestiegen. Nach Informationen von energate hält Enercity künftig 74,9 Prozent an dem im Jahr 2017 gegründeten Unternehmen aus Essen. Ökoloco bietet ähnlich wie Thermondo einen digitalen Planungsprozess für die Heizungsinstallation an. Den Fokus richtet das Unternehmen dabei auf Ein- und Zweifamilienhäuser. Auf Basis einer selbst entwickelten Software erstellt der Heizungsplaner innerhalb weniger Tage Festpreisangebote für den Heizungswechsel. Auch Contracting-Lösungen gehören zur Angebotspalette. Ökoloco will den Heizungswechsel standardisieren und automatisieren.

Mehr als 1.000 Heizungswechsel führt das Unternehmen nach eigenen Angaben pro Jahr durch. Für die Montage der Systeme hat Ökoloco ein Netz aus eigenen Installateuren und Heizungsbaumeistern aufgebaut. Auch Elektrotechniker, Dachdecker und Schweißer gehören zum inzwischen mehr als 70-köpfigen Team. "Wir haben Handwerker und IT-Spezialisten zusammengebracht und wesentliche Schritte des Heizungswechsels digitalisiert", wirbt das Unternehmen auf der

GAIA Ihre Software zum Erreichen der Klimaziele



The image shows a screenshot of the GAIA software interface. The main dashboard is titled "Ihre Zentrale der Energiewende" and includes sections for "Status Quo", "Emissionen", "Energieverbrauch", and "Fortschritte". Key data points include:

- Emissionen: 16,5 t pro Kopf
- Energieverbrauch: 1.234 kWh pro Kopf
- Fortschritte: 2047

 Below the dashboard is a section for "Kommunale Wärmeplanung" with sub-points: Bestandsanalyse, Potenziale, Zielsetzung und Maßnahmen. To the right, there is a "DIGITAL TWIN" logo and a smartphone displaying a QR code with the text "Kostenlose Demo sichern".

Firmenwebseite. Auch regional will Ökoloco weiterwachsen. Zu den bisherigen Standorten in Nordrhein-Westfalen, im Rhein-Main-Gebiet sowie in Baden-Württemberg sollen weitere hinzukommen.

Erweiterte Geschäftsführung

Für Enercity kommt der Einstieg bei Ökoloco vor dem Hintergrund des neuen Gebäudeenergiegesetzes zum idealen Zeitpunkt. Im Wärmemarkt wird es in den nächsten Jahren zu umfassenden Modernisierungsinvestitionen kommen. Ökoloco will dabei zum führenden Heizungsanbieter werden. Details zu den Plänen und Zielen des Einstiegs wollte Enercity zum jetzigen Zeitpunkt nicht nennen. Ein Unternehmenssprecher verwies auf eine Mitteilung, die der Versorger in den nächsten Tagen veröffentlichen werde.

Aus Daten des Online-Portals Northdata geht allerdings hervor, dass Mario Merner neu in die Geschäftsführung von Ökoloco eingetreten ist. Er verantwortet bei Enercity das Geschäft mit dezentralen Wärmelösungen und wird Ökoloco künftig gemeinsam mit Gründer Jan-Philipp Hotze führen. Begleitet hat den Prozess nach Informationen von energate der Kölner Finanzierungsberater HKCF. /cs
Von Christian Seelos

NEUE GESELLSCHAFTER

Ex-EnBW-Chef Villis steigt bei IT-Dienstleister Redtree ein

Castrop-Rauxel (energate) - Der IT-Dienstleister Redtree hat prominente Namen als neue Anteilseigner hinzugewonnen. Der ehemalige EnBW-Vorstandsvorsitzende Hans-Peter Villis ist dem Gesellschafterkreis beigetreten, teilte das Unternehmen mit. Villis ist seit seinem Ausstieg bei der EnBW im Jahr 2012 vornehmlich als Aufsichtsrat und Investor aktiv. Ebenfalls neu als Gesellschafter an Bord ist Frank Thiesen, Vorstand Operations der

Zech Hochbau AG. Die beiden Neuzugänge brächten "wertvolles Know-how" mit und sollen dazu beitragen, "die Position von Redtree als innovativer Partner für die Digitalisierung der Energieversorgung weiter zu stärken", hieß es weiter.

Redtree mit Sitz in Castrop-Rauxel unterstützt als Software-as-a-Service-Anbieter Stadtwerke und Energieversorger bei der Digitalisierung ihrer kundennahen Prozesse. Dazu gehören Lösungen für Kundenportale, E-Commerce, Auftrags- und Vertriebskanalsteuerung, Produktmanagement sowie klassische Agenturdienstleistungen für Webseiten. Zu den bisherigen Investoren und Gesellschaftern gehören der ehemalige Unternehmensberater Kai Howaldt (Roland Berger), der langjährige Belectric-Chef Bernhard Beck sowie der Installion-Gründer Florian Meyer-Delpho. /rb

Von Rouben Bathke

JAHRESBILANZ

Stromnetz Hamburg steigert Ergebnis

Hamburg (energate) - Die Netzgesellschaft Stromnetz Hamburg hat das Geschäftsjahr 2022 mit einer Ergebnissteigerung auf 89,8 Mio. Euro abgeschlossen. Vor einem Jahr lag das Ergebnis vor Steuern noch bei 54 Mio. Euro. Seinen Gewinn werde das Unternehmen vollständig an die Hamburg Energienetze und somit an die Stadt Hamburg abführen, teilte Stromnetz Hamburg mit. Zehn Jahre nach dem Volksentscheid über den Rückkauf der Netze zeigte sich Energiesenator, Jens Kerstan (Grüne), mit dem Ergebnis zufrieden: "Auch in diesem Jahr kann die Stromnetz Hamburg erneut ein sehr gutes Jahresergebnis vorweisen."

Im abgelaufenen Jahr hat die Netzgesellschaft zudem in den Ausbau und Erhalt des Mittel- und Hochspannungsnetzes investiert. Insgesamt beliefen sich die Investitionen auf 496,9 Mio. Euro. Damit reagiere das Unternehmen auf die erwarteten Laststeigerungen, zum einen getrieben durch die Umsetzung einer nach-



EFFIZIENT & NACHHALTIG

E-MOBILITÄT FÜR STADTWERKE

FULL-SERVICE-LÖSUNGEN

AUS EINER HAND - FÜR

VERSORGER MIT VISION.



haltigen Mobilitäts- und Wärmewende, zum anderen durch das Anfragebegehren von Großkunden für hohe Leistungen. Dazu zählen unter anderem E-Autoflottenbetreiber, öffentlicher Nahverkehr, Betreiber von Elektrolyseanlagen. /am

Von Artjom Maksimenko

WINDVERBAND

Heidebroek löst BWE-Präsident Albers ab

Berlin (energate) - Bärbel Heidebroek ist neue Präsidentin des Bundesverbands Windenergie (BWE). Sie folgt auf Hermann Albers, der nach fast 20 Jahren an der Spitze des Verbandes nicht mehr zur Wahl antrat. Heidebroek ist Gründerin und geschäftsführende Gesellschafterin der Landwind-Gruppe und gehörte dem BWE-Präsidium in den vergangenen vier Jahren bereits als Vizepräsidentin an. Zudem ist die studierte Agrarwissenschaftlerin Vorsitzende des Landesverbands Erneuerbare Energien in Niedersachsen und Bremen. "Mit Bärbel Heidebroek übergebe ich das Amt an eine erfahrene Kollegin, bei der ich den Verband in guten Händen weiß", sagte Hermann Albers zu seinem Abschied. Seine Nachfolgerin gab als Ziel für ihre Amtszeit aus, die Erneuerbaren ins Zentrum des Energiesystems zu stellen. "Es geht nicht nur darum, fossile durch erneuerbare Energie zu ersetzen. Für ein vollständig erneuerbares Energiesystem braucht es ein anderes Denken", sagte Heidebroek. /cs

Von Christian Seelos

STROM

ONSHORE-WINDKRAFT

BWE sieht weiterhin politische Baustellen

Berlin (energate) - Windkraftprojektierer sollten nach Möglichkeit noch im laufenden Jahr an den Onshore-Ausschreibungen der Bundesnetzagentur teilnehmen. Das legte der Bundesverband Windenergie seinen Mitgliedern jetzt im Rahmen eines Policy Briefings ans Herz. Hintergrund ist die gegenwärtige Ungewissheit darüber, wie die Gebotsobergrenzen für die Ausschreibungen im kommenden Jahr ausfallen. Diese werde die Behörde erst noch festlegen, hieß es. Mit Blick auf die von den gegenwärtigen Krisen getriebene Kosteninflation im Windprojektgeschäft hatte die Bundesnetzagentur die zulässigen Höchstwerte im laufenden Jahr nach oben angepasst. Nachdem sich die Energiemärkte nun merklich beruhigt haben, sei offen, ob die Höchstwerte für die Auktionen künftig ebenfalls wieder sinken.

Genehmigungen weiter als Nadelöhr

Das nach wie vor größte Problem der Windbranche bleibt laut BWE der Genehmigungsstau beziehungsweise die zu lange Verfahrensdauer bei Genehmigungen. Dies gelte nicht nur für Windparks selbst, sondern auch für die Logistik, sprich den Transport der Komponenten zu den Baustellen. Beides müsse weiterhin erheblich vereinfacht, bundesweit vereinheitlicht und somit beschleunigt werden, so der BWE. Die Logistik auf die Bin-

EMPOWER
EUROPE



14.–16.
JUNI
2023

MESSE MÜNCHEN

**Die internationale
Fachmesse für
Energiemanagement
und vernetzte
Energielösungen**

- **Erneuerbare Energien im Netz:**
Innovative Lösungen für das Smart Grid Management
- **Sektorkopplung:**
Neue Technologien für ein integriertes, erneuerbares Energiesystem
- **Netz in Balance:**
Moderne Prognosetools und Flexibilitätsdienstleistungen
- **Branchentreffpunkt:**
85.000+ Energieexperten und 2.200+ Aussteller auf vier parallelen Fachmessen

www.EM-Power.eu

Part of
THEsmarter
EUROPE

nenschiffahrt zu verlegen, wie es vom Bundesverkehrsministerium angeregt werde, sei langfristig denkbar, kurzfristig aber keine Option. Dafür seien aktuell unter anderem weder die Häfen noch Schleusen der Binnenschiffahrt ausgelegt.

Generell konzentrierten sich die jüngst erzielten Fortschritte bei der Beschleunigung der Windpark-Genehmigungen auf zu wenige Bundesländer. Wichtige Länder im Süden der Republik wie Baden-Württemberg und Bayern hätten indes weiter Nachholbedarf, attestierte der Verband. Die jüngst dazu vom Bund beschlossene Windkraftstrategie brauche zahlreiche Vollzugsleitfäden, um von den Beschlüssen schneller in die Umsetzung zu kommen.

EU sollte nicht allein auf CfDs setzen

Auf EU-Ebene will sich der BWE in nächster Zeit unter anderem dafür starkmachen, dass neben den von der EU präferierten Stromabnahmeverträgen in Form von Differenzverträgen (CfDs, Contracts for Difference) weiter auch andere Vertragsformen, wie PPAs möglich bleiben. Komme es nicht dazu, sei die Wettbewerbsfähigkeit Europas auf der Weltbühne in Gefahr und funktionierende Märkte würden zerstört, so der Verband. Zugleich zeigt sich der Verband zuversichtlich, dass Europa künftig nicht ausschließlich auf CfDs setzen wird. /pa

Von Philip Akoto

PPA

Centrica und Fraport schließen Stromliefervertrag

Aalborg/Frankfurt (energate) - Der britische Energiedienstleister Centrica Energy Trading liefert in Zukunft Grünstrom an die Fraport AG. Ab Juli 2023 werde Centrica der Frankfurter Flughafengesellschaft 63.000 MWh Strom jährlich liefern, teilte Windparkbetreiber PNE mit. Centrica wird den im Liefervertrag zugesicherten Strom von einem PNE-Windpark in Norddeutschland abnehmen. Das Power Purchase Agreement (PPA) hat eine Laufzeit von fünf Jahren. Die Stromliefervereinbarung mit Centrica ist ein "wichtiger Baustein in der strategischen Planung und leistet einen maßgeblichen Beitrag, um unseren Energiemix auszurichten", erklärte Felix Kreutel, Leiter Immobilien und Energie bei Fraport. Die Betreibergesellschaft des Frankfurter Flughafens will den konzernweiten CO₂-Ausstoß bis 2045 auf null senken. /lp

Von Leonard Preißler-Buchta

ADD-ON STROM

"Mittelstand hat das Nachsehen"

Berlin (energate) - Bis 2030 sollen ausgewählte Industriebetriebe nur einen sogenannten Brückenstrompreis von 6 Cent/kWh bezahlen. Zudem ist als langfristige Maßnahme ein sogenannter Transformationsstrompreis geplant. Dieser basiert auf langfristigen Lieferverträgen auf Basis von Contracts for Difference mit Ökostromanbietern. Die Deutsche Umwelthilfe sieht noch offene Fragen und fordert Nachbesserungen.

Ein Gastkommentar von Sascha Müller-Kraenner, Bundesgeschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe (DUH)

Die energieintensive Industrie sieht sich aktuell gestiegenen Strompreisen gegenüber, die sich inzwischen ca. auf dem doppelten Vorkrisenniveau eingependelt haben. Diese Herausforderung will das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) nun mit einem vergünstigten Strompreis für die im globalen Wettbewerb stehende Industrie angehen.

Grundsätzlich ist die Einführung eines Industriestrompreises basierend auf den beiden Säulen Contracts for Difference und Power Purchase Agreements richtig und wichtig, solange China und die USA den Strompreis für ihre energieintensive Grundstoffindustrie staatlich im bisherigen Maße subventionieren. Die Einführung eines Überbrückungsmechanismus bis 2030 muss dagegen abhängig gemacht werden davon, dass die mit einem aus Steuermitteln subventionierten Industriestrompreis versorgten Unternehmen verbindliche Effizienzziele einhalten und sich auch in ihrer Lieferkette an verbindliche ökologische und soziale Mindeststandards halten müssen. Damit könnte es auch gelingen, die energieintensive Solarindustrie wieder in all ihren Komponenten zurück nach Europa zu bringen.

Offene Fragen

Allerdings bleibt bei der Ausgestaltung des BMWK-Vorschlages eine Reihe von Fragen offen. So sind die hohen Strompreise auf Preisschwankungen fossiler Energie zurückzuführen. Jedoch sollen die Kosten nicht den fossilen Verursachern angelastet, sondern mittels des Wirtschaftsstabilisierungsfonds durch die Allgemeinheit getragen und durch die Abschöpfung von erneuerbaren Energien durch Contracts for Difference gestützt werden.

Der Empfängerkreis, den das BMWK vorsieht, ist zu weit gefasst und enthält beispielsweise große Teile der Lebensmittelindustrie. Wir halten es dagegen für essenziell, dass insbesondere Zukunftstechnologien (zum Beispiel PV- und Windanlagenproduktion, Batterieherstellung und Halbleitertechnologie) sowie ihre Lieferketten einen Industriestrompreis erhalten und in Deutschland (wieder-) angesiedelt werden.

Die Einführung des Brückenstrompreises bis 2030 muss davon abhängig gemacht werden, dass die subventionierten Unternehmen verbindliche Effizienz- und Klimaziele einhalten und sich in ihrer Lieferkette an verbindliche ökologische und soziale Mindeststandards halten. Die Transformationsverpflichtung zu Klimaneutralität bis 2045 muss auch jenseits des Jahres 2030 gesetzlich fixiert werden.

Mittelstand und Haushalte haben das Nachsehen

Während die Industrie Vergünstigungen erhält, haben Mittelstand und Verbraucher:innen das Nachsehen. Es sollte dringend geklärt werden, ob und wie Strompreise für diese Gruppen ein verträgliches Niveau behalten und wie die Transformation hin zu Zukunftstechnologien hier abgesichert wird.

Ein einheitlicher Preis darf nicht dazu führen, dass Preissignale auf dem Großhandelsmarkt außer Kraft gesetzt werden. Preissignale sind essenziell für ein System, in dem Flexibilität zur neuen Währung wird.

Aus unserer Sicht kommt der Carbon Border Adjustment Mechanism in der Diskussion zu kurz, der explizit dafür gedacht ist, europäische Industrien ohne Subventionen zu schützen.

Auch die Erleichterung der Eigenversorgung über Power Purchase Agreements mittels der Ausweisung von Flächen für erneuerbare Energien in der Nähe zu Industrieanlagen sehen wir als vielversprechendes Instrument und Ergänzung zum Industriestrompreis.

GAS & WÄRME

FORDERUNGSKATALOG

Schwerin hängt Preisschild an LNG-Terminal Mukran

Schwerin (energate) - Das Land Mecklenburg-Vorpommern hängt an das vom Bund geplante LNG-Terminal auf Rügen ein Preisschild. "Wer Akzeptanz will, muss Zukunftsfähigkeit sicherstellen", sagte Landeswirtschaftsminister Reinhard Meyer (SPD) bei einem Pressegespräch in Schwerin. Meyer stellte dabei gemeinsam mit Landesumweltminister Till Backhaus (SPD) einen Forderungskatalog an den Bund vor, der Investitionsprojekte im Umfang von 1 Mrd. Euro vorsieht. Dazu gehören der Ausbau des Hafens Mukran, eine verbesserte Anbindung der Insel Rügen durch den Ausbau von Verkehrswegen und die Vision, Rügen zu einer Modellregion für die Wasserstoffwirtschaft zu machen.

Rügen als Vorreiter beim Wasserstoff

"Wasserstoffinsel Rügen" nannten Meyer und Backhaus ihre Idee. Demnach sollten die Laufzeiten der am Hafen Mukran geplanten LNG-Terminals zeitlich klar befristet sein, sagte Umweltminister Backhaus. Innerhalb "von zehn Jahren" müsse Schluss sein mit dem Import von Erdgas. Die Anlagen sollten dann für die Anlandung von Wasserstoff oder Derivate umgerüstet werden. Außerdem fordert die Regierung in Schwerin Bundesmittel für den Aufbau eines Großelektrolyseurs auf Rügen. "Über Wasserstoff wollen wir zu einer fossilsfreien Insel kommen." So könnte beispielsweise die Abwärme der Elektrolyse Wärme für die Insel liefern. Dazu müsse der Bund in dieser Legislaturperiode die Weichen stellen, forderte Backhaus.

Die beiden Minister von der SPD machten deutlich, dass Mecklenburg-Vorpommern für den Bau eines LNG-Terminals auf der Insel Gegenleistungen vom Bund erwarte. Ziel müsse es sein, den Hafen Mukran über den Import von LNG hinaus zu einem Zukunftsstandort zu machen. Die Landespolitiker haben dabei auch die Ertüchtigung als Versorgungshafen für die Offshore-Windindustrie im Blick. "Dabei geht es nicht nur um den Transport, auch Komponenten könnten am Standort produziert werden", sagte Wirtschaftsminister Meyer. Der SPD-Politiker bezeichnete die vorge-

stellten Projekte als "Akzeptanzmaßnahmen". Denn vor Ort gibt es weiterhin großen Widerstand gegen das geplante LNG-Terminal.

Abstimmung im Bundesrat als Druckmittel

Die beiden Landespolitiker machten außerdem auch deutlich, dass sie mit der Kommunikation des Bundes nicht einverstanden sind. Konkret kritisierten sie, dass der Landesregierung nicht einmal 24 Stunden eingeräumt wurden, um zum LNG-Gesetz des Bundes Stellung zu beziehen. "So geht man nicht miteinander um", sagte Backhaus in Richtung des federführenden Bundeswirtschaftsministeriums. Der SPD-Politiker stellte klar, dass er jetzt ein Entgegenkommen des Bundes erwarte. Sonst sei die Zustimmung Mecklenburg-Vorpommerns zum LNG-Gesetz im Bundesrat nicht gewiss. Minister Meyer signalisierte aber auch Kompromissbereitschaft. Die Inbetriebnahme des Terminals zum Jahresende, wie vom Bund geplant, sei weiterhin möglich. /cs

Von Christian Seelos

E-WORLD

Offene Debatte soll Akzeptanz für CCS schaffen

Essen (energate) - Ohne die Technologie der CO2-Abscheidung und -Speicherung (CCS) wird es keine klimaneutrale Gesellschaft geben. Darin waren sich die Teilnehmer einer Diskussionsrunde des New Energy Systems Forum der Branchenmesse E-World in Essen einig. "Viele Prozessemissionen in der Industrie lassen sich nicht vermeiden", erläuterte Arne Müller, Projektleiter der Bellona Deutschland, die den Klimaschutz in der Industrie voranbringen will. Diese Unternehmen seien daher auf CCS angewiesen. Deutschland sei in dieser Debatte 2012 noch Vorreiter in Europa gewesen. Heute stünden die Zeichen mit dem CCS-Verbot hier auf Rot, während viele Nachbarländer erkannt haben, dass sie die Technologie für ihre Industrie brauchen.

So habe sich auch Energy from Waste (EEW) aus Helmstedt entschieden, ein erstes CCS-Projekt in den Niederlanden zu planen. Der niederländische Staat habe sich zu CCS bekannt und über das Förderprogramm "SDE + +" die notwendigen Bedingungen geschaffen, erläuterte Sarah Endres, Projektleiterin Unternehmensentwicklung bei EEW. Das Unternehmen plane am Standort Delfzijl die Abscheidung von 270.000 Tonnen CO2 im Jahr. Davon soll nur der fossile Anteil, der zwischen 40 und 50 Prozent liegt, dauerhaft eingelagert werden. Der biogene Anteil soll in den Kreislauf zurückgebracht und für die Herstellung von grünem Methanol genutzt werden. "Wenn man uns fragt, dann sage ich: Wir wollen kein CCS", so Endres, "aber wir haben keine andere Wahl". Der fossile Anteil im Müll gehe in erster Linie auf Kunststoffe zurück und die werde es auch auf Jahrzehnte noch geben.

Keine fossile Verlängerungsoption

Damit auch in Deutschland die CCS-Technologie zum Einsatz kommen kann, braucht es die gesellschaftliche Akzeptanz, unterstrich

Bellona-Projektleiter Müller. Dafür müsse ein offener Diskurs zur Risikobewertung der gesamten Prozesskette geführt werden. Die CO₂-Abscheidung dürfe auch nur dort zum Einsatz kommen, wo eine Transformation nicht möglich ist, die CCS-Infrastruktur dürfe nicht überdimensioniert werden. Zudem sollte sie mit der Perspektive auf eine Kreislaufwirtschaft und eine nachhaltige Wasserstoffwirtschaft verbunden werden. Klar sein müsse auch, dass der Ausbau der Erneuerbaren weiterhin absolute Priorität hat.

Noch einen Schritt weiter ging Georg Kobiela, Referent für Industrietransformation beim Lobbyverein Germanwatch. CCS dürfe keine Verlängerungsoption für fossile Industrien sein. Deshalb müsse sehr genau geschaut werden, in welchen Bereichen die Technologie zum Einsatz kommt. Andernfalls werde Glaubwürdigkeit aufs Spiel gesetzt. Gerade die Unternehmen, die für ihre Dekarbonisierung auf CCS angewiesen sind, müssten sichtbar machen, dass sie die Transformation auf allen Ebenen voranbringen und alle Hebel wie den Erneuerbaren ausbau in Bewegung setzen. "Akzeptanz für CCS wird da geschaffen, wo es nicht zum Einsatz kommt", so Kobiela. /tc

Von Thorsten Czechanowsky

HEIZKRAFTWERK

Stadtwerke Flensburg schalten Kohlekessel früher ab

Flensburg (energate) - Die Stadtwerke Flensburg schalten den Kohlekessel 9 ihres Heizkraftwerkes ab - vier Monate früher als geplant. Damit sind drei von fünf Kohlekesseln nun außer Betrieb. Der Bau der neuen Gas- und Dampfturbinenanlage Kessel 13 sei schon sehr weit fortgeschritten, so die Stadtwerke. Dieser soll den jetzt stillgelegten Steinkohlekessel sowie einen weiteren ersetzen. "Eigentlich sollte der dritte Kohlekessel erst am 30. September dieses Jahres in den Ruhestand gehen", sagte Dirk Roschek, Geschäftsbereichsleiter Erzeugung. Die Stadtwerke hätten ihn aber schon jetzt beim Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume abgemeldet. Mit der offiziellen Abmeldung darf der Kessel nicht wieder in Betrieb genommen werden.

Die Stadtwerke verfügen jedoch über entsprechende Backup-Möglichkeiten: Sollte sich wieder die Gefahr einer Gasmangellage wie im letzten Jahr abzeichnen, können sie andere Brennstoffe als Erdgas einsetzen und Reserveheizwerke zuschalten.

Weitere Projekte stehen aus

Der im Bau befindliche Kessel 13 wird eine Wärmeleistung von 89 MW sowie eine elektrische Leistung von 97 MW haben. Damit kommt er nach Stadtwerkeangaben auf einen Wirkungsgrad von über 90 Prozent. Bereits im Jahr 2016 hatten die Stadtwerke zwei Kohlekessel stillgelegt und durch die Erdgasanlage Kessel 12 ersetzt, die etwa 40 Prozent weniger CO₂ emittiert wie ihre Vorgänger. Das Invest für die beiden erdgasbetriebenen Gas- und Dampfturbinenanlagen (GuD) Kessel 13 und Kessel 12 liegt bei rund 250 Mio. Euro.

Als nächster Schritt zur Dekarbonisierung der Wärmeproduktion folgt 2023/24 die Inbetriebnahme eines zweiten Elektrodenheizkessels mit großem Wärmespeicher. Als nächstes Projekt steht danach der Bau einer ersten Großwärmepumpe an, die mit Strom aus erneuerbaren Energien und Förderwasser klimaneutrale Fernwärme produzieren wird. Unabhängig davon prüfen die Stadtwerke zusammen mit dem Geothermieprojektentwickler Innargi, ob Flensburg über genügend Potenzial für ein Erdwärme-Heizkraftwerk verfügt. /sd

Von Stefanie Dierks

VERBANDSBEITRITT

Sefe wird Eurogas-Mitglied

Berlin (energate) - Securing Energy for Europe (Sefe) ist als Vollmitglied dem europäischen Gasverband Eurogas beigetreten. Die ehemalige Gazprom-Tochter im Eigentum der Bundesrepublik wolle gemeinsam mit Schlüsselakteuren der europäischen Gasbranche die Energiewende international vorantreiben, teilte Sefe mit. Zeitgleich mit der Mitgliedschaft wurde Sefe-CEO Egbert Laege in den Vorstand von Eurogas gewählt. "Wir teilen gemeinsame Werte und das Bewusstsein für die Dringlichkeit, die Ziele der Energiewende zu erreichen. Das macht uns zu natürlichen Partnern", kommentierte James Watson, Generalsekretär von Eurogas, den Beitritt. "Es ist unser gemeinsames Ziel, die grüne Energiewende voranzutreiben und den Übergang zu einer kohlenstoffneutralen Wirtschaft zu beschleunigen", bekräftigte Laege. /tc

Von Thorsten Czechanowsky

ADD-ON GAS & WÄRME

"Wir wundern uns, wie Deutschland die Biomasse bremst"

Wien (energate) - Das Gebäudeenergiegesetz (GEG) will grüne Heiztechnik in Deutschland verbreiten. Warum dies Teile der Erneuerbarenbranche skeptisch sehen, erläutert Christian Rakos, Geschäftsführer des Verbandes Pro Pellets Austria, im energate-Interview.

energate: Herr Rakos, Deutschland plant mit dem GEG-Entwurf, ab 2024 den Einbau von Pelletheizungen im Neubau zu verbieten. Wie bewerten Sie dies als Vertreter der österreichischen Pelletbranche und der World Bioenergy Association?

Rakos: Wir wundern uns sehr, wie in Deutschland die Biomasse als erneuerbarer Energieträger ausgebremst wird - und das ausgerechnet durch eine grüne Regierung. Unsere Regierung, ebenfalls mit grüner Beteiligung, sieht dies ganz anders. Wir fördern Pelletheizungen hierzulande sehr aktiv und aktuell sehen wir eine große Investitionswelle in der Pelletwirtschaft. Elf Pelletierwerke gehen dieses und nächstes Jahr in Betrieb, wodurch die Produktion um mindestens 30 Prozent steigen wird.

energate: Was entgegnen Sie auf den Einwand der vermeintlich zu hohen CO₂-Emissionen?

Rakos: Eine aktuelle Studie des international anerkannten Experten Dr. Englisch weist für Österreich eine CO₂-Einsparung von 95 bis 98 Prozent aus, wenn von Heizöl auf Holzpellets umgestellt wird. Die großen Sägewerke nutzen allesamt anfallende Reststoffe wie Rinde zur Energieproduktion, der CO₂-Rucksack ist entsprechend niedrig. Bei uns liegt die durchschnittliche Lieferentfernung bei 50 Kilometern - und auch wenn diese in Deutschland etwas höher ausfallen dürfte, ist die Ökobilanz dennoch sehr gut. Daher kann ich nicht nachvollziehen, dass die Bundesregierung laut dem GEG-Entwurf Pellets im Neubau gar nicht mehr zulassen will. Eine Wärmepumpe, die zum Teil mit Kohlestrom betrieben wird, dürfte heute kaum besser als eine Pelletheizung. Somit wird der Klimaschutz hintertrieben.

energategate: Im Bestand ist laut dem Entwurf eine Pelletheizung noch in Kombination mit einer Solarthermieanlage zugelassen, was aber nicht ganz billig wird.

Rakos: Im Bestand hat sich die deutsche Fördersituation extrem verschlechtert, im vergangenen Jahr gab es noch einen Zuschuss von 50 Prozent. Aktuell sind es 20 Prozent, mit der Auflage, die Solarthermie zu nutzen. Warum sollten Verbraucher, die Biomasse als erneuerbare Wärmequelle auswählen, noch eine zweite erneuerbare Technologie dazu holen müssen? Damit ist die Planungs- und Investitionssicherheit für die Hersteller, die sich auf einen wachsenden Markt eingestellt hatten, dahin. Wichtiges Know-how droht in andere Länder abzufließen.

energategate: Das Argument des Bundeswirtschaftsministeriums lautet, dass die Sonne die niedrige Grundlast im Sommer übernimmt, vor allem zur Wassererwärmung, und damit die Pelletheizung komplett ausgeschaltet bleibt, um Emissionen zu sparen.

Rakos: Das ist eine wunderbare Lösung, die ich zu Hause bei mir ebenfalls einsetze, aber wieso muss der Gesetzgeber das als Fördervoraussetzung vorschreiben? Denn dies wird für diejenigen zum Problem, die keine entsprechende Dachfläche zur Verfügung haben. Zudem werden viele Haushalte damit finanziell überfordert sein. Gerne lässt sich das zusätzlich fördern, aber der Zwang dazu ist in meinen Augen der falsche Weg.

energategate: Wie sieht die Förderung in Österreich aus?

Rakos: In Österreich gibt es einen Bundeszuschuss in Höhe von maximal 7.500 Euro oder 30 Prozent, hinzu kommen Landeszuschüsse zwischen 2.000 und 4.000 Euro. Damit lassen sich Heizungen finanzieren: 2022 kamen 23.000 Anlagen hinzu. Zur Einordnung: In Deutschland, wo alles etwa um den Faktor zehn größer ist, wären dies 230.000 Pelletheizungen. In der Realität waren es bei Ihnen im vergangenen Jahr 100.000 Anlagen, immerhin mehr als je zuvor. Also ein positiver Trend, der jetzt leider unvermittelt abreißt, wie ich vonseiten meiner Mitgliedsunternehmen höre.

energategate: Beim Förderprogramm für die Industrie, EEW, bekommt ab dem 1. Mai die Elektrifizierung Vorrang gegenüber Biomasseanlagen ab 5 MW.

Rakos: Das ist noch absurder, denn für Unternehmen, die Hochtemperaturwärme benötigen, ist Biomasse die mit Abstand günstigste Lösung. Hier ein Beispiel: Für sämtliche Molkereien und die Lebensmittelverarbeitung lässt sich mit Biomasse regelbar Prozessdampf zu einem Bruchteil der Kosten wie mit Strom erzeugen. Denn Strom ist mittelfristig nicht nur wesentlich teurer, sondern auch bis in die 2030er-Jahre hinein weiterhin sehr CO₂-intensiv.

energategate: Kommen wir nochmals zu den einzelnen Gegenargumenten Emissionen, Transport, Flächenverbrauch.

Rakos: Zu den Feinstaubemissionen: Es gibt die Vorgabe von 2,5 mg/m³ - das ist etwas weniger als eine Kaffeetasse Holzasche, die pro Jahr aus dem Schornstein emittiert wird. Die Pelletheizung ist damit praktisch emissionsfrei. Manche Hersteller haben Elektrofilter eingebaut, andere haben die Feuerungstechnik optimiert, um derart niedrige Emissionen zu erreichen.

Was die Transporte anbelangt: Ja, die Energiedichte ist nur halb so hoch wie bei Heizöl und es müssen daher mehr LKWs fahren, aber es existiert schlichtweg kein Energieträger ohne Nachteile. Bei großen Kraftwerken wird es laut der EU-Richtlinie RED III die Vorgabe von 80 Prozent CO₂-Reduktion geben - und das über die ganze Lieferkette hinweg, inklusive des Transports. 80 Prozent Reduktion ist uns nicht gut genug?

Nicht zuletzt gibt es ein großes Überangebot an minderwertigem Holz. Zudem wird mehr aufgeforstet als geerntet - es werden also keine Wälder geplündert. Sogar in Rumänien, das in der Presse als Aufreger galt, war die Aufforstung höher als die Abholzung. Meiner Meinung nach wird hier gezielt Desinformation betrieben, nachweislich finanziell gefördert mit Geldern aus US-Fonds. Die sterbenden Fichten müssen ohnehin durch gesunde Mischwälder ersetzt werden, damit können wir ihre Reststoffe in den kommenden 20 Jahren auch stärker energetisch nutzen.

energategate: Wie steht es um den Pelletpreis, der 2022 im Zuge der Gaskrise zwischenzeitlich explodierte?

Rakos: Die Preisrally ist vorüber, die auch dadurch ausgelöst wurde, dass das Angebot aus Weißrussland und Osteuropa abrisst, während gleichzeitig viele Konsumenten früher als sonst bestellt hatten, um sicher durch den Winter zu kommen. Ich hoffe, wir bleiben ab sofort wieder in dem ruhigen Fahrwasser, das wir die 20 Jahre davor mit sehr geringen Preisschwankungen gewohnt waren.

Das Interview führte Michaela Tix.

NETZMANAGEMENT

MEHR INTELLIGENZ FÜR IHR NETZ

In Zeiten der Energiewende benötigen Sie ein intelligentes und transparentes Netzmanagement?

Kein Problem!
Wir von Aidon sind Marktführer für Smart Grid und Smart Metering in Skandinavien und bieten Ihnen die passende Lösung für Ihre Herausforderungen.

Sie wollen mehr erfahren?
Treffen Sie uns vom
23. bis 25. Mai
auf der E-world
in Halle 3 Stand 456.



Aidon





METERING-AS-A-SERVICE

Neuer Messdienstleister betritt Markt

Essen (energate) - Die Metering-Tochter der italienischen Enel, Gridspertise, und das deutsche Softwareunternehmen Cuculus steigen in den deutschen Smart-Meter-Markt ein. Voraussichtlich ab Juli wollen die beiden Partner Metering-as-a-Service (MaaS) anbieten, zunächst für ausgewählte Testkunden. Das sagte René Böringer, CEO der Cuculus GmbH, auf der E-World im Gespräch mit energate. Dafür haben die Unternehmen die gemeinsame Tochtergesellschaft "Neugemacht" gegründet. Das Bündelprodukt umfasst zum einen die Beschaffung und Installation von intelligenten Zählern sowie der dazugehörigen Gateways. Zum anderen ist im Produkt auch die IT in Form einer IoT-Plattform, die Finanzierung sowie auf Wunsch auch der Betrieb der Zähler enthalten.

Zu den potenziellen Kundengruppen gehörten Stadtwerke und EVU. "Das Produkt umfasst alle Medien - Strom, Wasser, Gas, Wärme und Kälte, wir bieten auch das Submetering für Immobiliengesellschaften an", sagte Böringer. "Wir bringen über 20-jährige Erfahrung bei der Installation und dem Betrieb von intelligenten Zählern und damit das Verständnis für die operativen Abläufe mit", schilderte Robert Denda, CEO von Gridspertise, den Anteil seines Unternehmens an dem gemeinsamen Produkt. Cuculus stellt ihre IoT-Plattform Zonos für das Projekt zur Verfügung. Diese aggregiert die Daten und ermöglicht die Steuerung von flexiblen Lasten wie Elektrofahrzeugen.

Beschaffung von Geräten entspannter

Mit insgesamt vier - voraussichtlich bald fünf - zertifizierten Gateway-Herstellern gebe es ausreichend Wettbewerb auf dem Markt, befand Denda auf die Frage von energate. Möglich sei auch, dass noch weitere Anbieter dazu kommen könnten. Durch die regulatorischen Vereinfachungen werde der Markt attraktiver für Wettbewerber, pflichtete ihm Böringer bei. Die Verfügbarkeit der Geräte sei gegenüber 2022 deutlich gestiegen, auch wenn es immer noch einige Probleme mit dem Bezug von Komponenten gebe. "Im vergangenen Jahr hatten wir eine Overbooking-Ratio von fünf zu eins, das heißt, dass fünfmal mehr Bestellungen vorhanden waren, jetzt sind wir etwa bei zwei zu eins", führte Denda aus. Er zeigte sich optimistisch: "Bald ist das Problem gelöst."

Das Gesetz zum Neustart der Digitalisierung der Energiewende sei eine "klare Beschleunigung des Rollouts". Denda sagte: "Wir glauben, dass dadurch das Geschäft jetzt vorankommt. Deutschland hat lange im europäischen Vergleich hinterhergehinkt." Jetzt gebe es die Chance, dass es aufhole und aufgrund der weitreichenden Funktionalitäten der Smart-Meter-Gateways sogar zum Vorreiter werde. Cuculus war in den vergangenen Jahren weltweit am Rollout von Smart Metern beteiligt. Zwischen 2008 und 2013 war das Unternehmen auch auf dem deutschen Markt aktiv. Aufgrund des stockenden Rollouts fokussierte sich das Unternehmen dann aber auf das Auslandsgeschäft. /sd

Von Stefanie Dierks

MARKTKOMMUNIKATION

Edna vollzieht Kehrtwende beim Lieferantenwechsel

Essen (energate) - Der Lieferantenwechsel im Rahmen der Marktkommunikation lässt sich über die europäische Dateninfrastruktur Gaia-X gut abbilden. Das machte der Edna Bundesverband Energiemarkt & Kommunikation auf einem Pressegespräch auf der E-World deutlich. Unterstützt wird die These des Verbandes durch eine entsprechende Bachelor-Arbeit von Gregor Münker, Student der Wirtschaftsinformatik an der DHBW Mannheim.

Damit verabschiedet sich die Edna gleichsam von der Idee, den Lieferantenwechsel über die Blockchain abzuwickeln. Als Grund nannte ein Sprecher auf Nachfrage von energate vor allem den hohen Energieverbrauch der Technologie. Gaia-X biete viele Vorteile. So sei das System auch für kleinere und mittlere Unternehmen einfacher handhabbar. Gleichzeitig bliebe die Datenhoheit erhalten, da Daten als "souveräner Datenaustausch" nur zwischen den Beteiligten fließen. Gaia-X als europäische Datenplattform entspreche zudem den europäischen Richtlinien.

Umbenennung von Projektgruppe und Projekt

Aufgrund der Abkehr von der Blockchain und der Hinwendung zu Gaia-X kam es innerhalb der Edna zu entsprechenden Umbenennungen: Die ehemalige Blockchain-Initiative Energie+ (BCI-E+) nennt sich nun die Technologie-Initiative Energie+ (tie+) und aus dem Projekt MakoChain wurde die Mako GX. /sd
Von Stefanie Dierks

GLASFASER

Bessere Breitbandausnutzung durch Genossenschaftsmodell

Berlin (energate) - Das Beratungsunternehmen TKT Vivax möchte im deutschen Breitbandmarkt ein Genossenschaftsmodell etablieren. Auf diese Weise sollen die Glasfasernetze besser ausgelastet werden und die Anbieterzahlen für digitale Dienste wachsen. Aktuell bauen die Kommunen die Glasfasernetze aus und verpachten diese langfristig etwa an Anbieter wie die Telekom. Dafür erhalten sie Pachtgebühren, die laut TKT Vivax die Investkosten aber nicht decken. Die Pächter beschränken wiederum die Zahl der Anbieter, die auf den Netzen Dienste anbieten, etwa durch hohe Gebühren. Die Auslastung der Netze bleibt damit überschaubar. "In Deutschland sind bisher einige wenige Anbieter absolut dominant und binden Netzbetreiber langfristig an sich", erklärte TKT Vivax-Geschäftsführer Dirk Fieml auf der Fachmesse E-World. Durch ein Plattformmodell könnte sich das ändern.

TKT Vivax will daher das im schwedischen Breitbandmarkt etablierte Genossenschaftsmodell in Deutschland aufbauen. Dazu

kooperiert das Unternehmen mit der schwedischen Vinnergi Group. Das Konzept: Mehrere Partner gründen ein Plattformunternehmen in Form einer Genossenschaft. Netzbetreiber, also etwa Stadtwerke, können diesem Unternehmen beitreten. Der Vorteil: Alle Mitglieder der Genossenschaft können breitbandbasierte Produkte auf diese Weise auch überregional anbieten.

Durch die breite Anzahl an Anbietern sollen die Angebote für Kunden über das Breitbandnetz steigen - und damit die Auslastung der Infrastruktur. Für die Netzbetreiber soll sich das Open-Access-Modell rechnen, weil sie statt Pachten Netznutzungsentgelte erhalten. Für die Vermarktung würde ein System der Plattform genutzt. TKT Vivax und Vinnergi wollen dafür Software anbieten. /kw

Von Karsten Wiedemann

ADD-ON NEUE MÄRKTE & TECHNOLOGIEN

"Energieeinsparpotenziale von bis zu 15 Prozent"

Münster (energate) - Künstliche Intelligenz (KI) ist gerade in aller Munde. Dass sie auch bei der Wärmewende helfen kann, will der IT-Dienstleister Items zeigen. Das Unternehmen aus Münster hat eine Lösung entwickelt, die den Verbrauch mit KI optimiert. Darüber, über KI in der Energiewirtschaft und die Wärmewende sprach energate mit Alexander Sommer, Bereichsleiter Digitale Netze und Mitglied des Items-Management-Boards.

energate: Herr Sommer, wie funktioniert Ihre Lösung im Detail?

Sommer: "Grid Insight: Heat" ist ein digitaler Fernwärmewilling, auf dessen Basis Softwarefunktionen zur Betriebsoptimierung der Fernwärme entwickelt werden. Wir führen Daten - Echtzeitdaten von Wärmemengenzählern (WMZ) und Erzeugungsanlagen, Netzstrukturdaten, Vertragsinformationen - zusammen und nutzen sie für eine genaue Fernwärmeprognose. Dank maschinellen Lernens und KI-basierten Algorithmen erreichen wir eine mathematische Gesamtoptimierung. Zudem steht für die Beurteilung des aktuellen Status des Netzes eine 3D-Live-Karte zur Verfügung. Der Regelkonfigurator überwacht selbst definierte Netzabschnitte, um Netzzustände oder eine Vorlauftemperaturabsenkung zu monitoren und ineffiziente Hausstationen zu identifizieren.

energate: Die meisten Gebäude sind energetische Sorgenkinder, Stichwort Bestand. Lässt sich hier überhaupt digitalisieren?

Sommer: Mit "Grid Insight: Heat" bemühen wir uns um eine proaktive Instandhaltung. Durch die Fernüberwachung von Hausanschlüssen werden Probleme schnell erkannt, es wird darauf reagiert und der Betrieb der Fernwärmenetze optimiert. Für die Echtzeitüberwachung sind zwar fernauslesbare WMZ not-

wendig, allerdings bedeutet dies keinen zusätzlichen Aufwand für die Netzbetreiber. Denn mit der FFVAV (Fernwärme- oder Fernkälte-Verbrauchserfassungs- und -Abrechnungsverordnung) ist eine Umrüstung aller Gebäude bis 2026 vorgeschrieben. Weiterhin arbeiten wir an einer herstellerunabhängigen Steuerung von Regelungstechnik, um Anlagen in Häusern zum Beispiel durch Lastenverschiebung effizienter zu betreiben.

energate: Sie haben bereits eine Mehrmandantenplattform aufgebaut und weitere Kunden gewinnen können. Was ist der nächste Schritt?

Sommer: Wir entwickeln "Grid Insight: Heat" stetig weiter und bieten eine Plattform und eine Community für die operative Wärmewende. Dafür konnten wir bereits viele Stadtwerke gewinnen. Wir stehen in engem Kontakt mit den Nutzern, die uns helfen, ihre Bedürfnisse noch besser einzuschätzen und konkrete Module und Funktionen für den optimierten Betrieb der Wärmenetze bereitzustellen. Als Nächstes planen wir eine hydraulische Simulation der Wärmenetze. Damit lässt sich das jeweilige Anschlusspotenzial genau errechnen, Leckagen, Engpässe oder Stagnationen werden schneller erkannt und Optimierungspotenziale abgeleitet.

energate: Wie groß ist aus Ihrer Sicht grundsätzlich das Potenzial von künstlicher Intelligenz im Wärmemarkt?

Sommer: Bei "Grid Insight: Heat" nutzen wir KI und bauen stetig neue Funktionen und Modelle. So setzen wir die Daten aus fernauslesbaren WMZ mit denen der Erzeugungsanlagen in Verbindung. Beim Reinforcement-Learning suchen virtuelle Agenten auf Basis von KI nach der besten Lösung für eine optimale Fahrweise des Kraftwerkes. Diese Technologie ersetzt den Menschen nicht, sondern unterstützt ihn mit einer rein objektiven Sichtweise. Da die Wärmestrukturen dezentraler und effiziente Fahrweisen der Erzeugungsanlagen komplexer werden, ist das ein optimales Zusammenspiel.

energate: Nicht zuletzt die Energiekrise hat uns vor Augen geführt, dass Effizienz enorm wichtig ist. Welche Hebel halten Sie hier für besonders wirksam?

Sommer: Das Ziel von "Grid Insight: Heat" ist es, Fernwärmenetze zum Effizienzoptimum zu bringen. Dabei helfen genaue Prognosen und Optimierungsmodelle, die auf Grundlage von KI-Algorithmen aus den zur Verfügung stehenden Daten erstellt werden, um eine nachfrageorientierte Fahrweise umzusetzen und Lastspitzen zu vermeiden. Die Übersicht über den Zustand der Netze sorgt für eine Senkung der Vorlauftemperatur, was eine signifikante Einsparung von Primärenergie ermöglicht. Unser Diagnosemodul, das Anomalien aufdeckt, verhindert Verluste. Auf Grundlage unserer bisherigen Erfahrungen gehen wir von Energieeinsparpotenzialen von bis zu 15 Prozent aus.

Die Fragen stellte Daniel Zugehör.

ENERGIEPREISE

Nationalrat stimmt für Erhöhung des Energiekrisenbeitrags für Stromerzeuger

Wien (energate) - Der Nationalrat hat einen höheren Energiekrisenbeitrag für Stromerzeuger beschlossen. Infolgedessen wird die Schwelle für Markterlöse von Stromerzeugern von 140 auf 120 Euro je MWh herabgesetzt. Darüberhinausgehende Erlöse müssen zu 90 Prozent an den Staat abgeliefert werden, teilte der Pressedienst des Parlaments mit. Die Unternehmen können aber unter bestimmten Voraussetzungen Investitionen in erneuerbare Energien und Energieeffizienz absetzen und so den Schwellenwert der Abschöpfung wieder erhöhen.

Auch werden höhere Gestehungskosten bei der Stromerzeugung berücksichtigt, hieß es. Ziel der Maßnahme sei es, die zuletzt auf rund 10 Prozent gestiegene Inflation zu dämpfen. Auch die am Großhandelsmarkt zuletzt gesunkenen Strompreise sollen durch die Herabsetzung des Schwellenwertes Berücksichtigung finden. Gleichzeitig wurde die Elektrizitäts- und Erdgasabgabe bis Ende 2023 auf das in der EU zulässige Mindestbesteuerungsniveau gesenkt. Dies soll für eine Entlastung der Bevölkerung von rund 400 Mio. Euro sorgen, informierte Lukas Hammer (Grüne).

SPÖ lehnt Antrag ab

Der von den Regierungsparteien (ÖVP/Grüne) vorgelegte Antrag wurde von der SPÖ abgelehnt. Denn er trage nicht dazu bei, die Preise zu senken, sagte SPÖ-Abgeordneter Jörg Leichtfried. SPÖ-Energiesprecher Alois Schroll forderte, dass die Übergewinne von Energiekonzernen auf Basis eines Gewinnvergleichs mit den Vorjahren abgeschöpft werden.

Mit den Steuereinnahmen sollten dann Anti-Teuerungsmaßnahmen sowie eine Anti-Teuerungskommission finanziert werden. ÖVP und Grüne kritisierten die "Blockadehaltung" der Sozialdemokraten, die laut den Regierungsparteien genau solche Initiativen eingefordert hätten.

Neos sehen fehlenden Wettbewerb

FPÖ-Abgeordneter Axel Kassegger bezeichnete die Übergewinnsteuer als "Nebelgranate", deren Einnahmen unüberschaubar seien. Grundsätzlich reagiere die Regierung mit falschen Maßnahmen auf die Teuerung. So schütte sie noch mehr Geld in einer Situation aus, wo ein Nachfrageüberhang über das Angebot existiere, meinte Kassegger.

Die Neos bezeichneten den Antrag als "plausibel", da derzeit die Großhandelspreise nicht weitergegeben würden. Ursache hierfür seien ein Wettbewerbsproblem und das Fehlen eines liberalisierten Strommarktes, sagte Neos-Abgeordnete Karin Doppelbauer. Es brauche daher grundlegende Reformen. /af

Von Alexander Fuchssteiner

ENERGIEVERSORGER

Deutliches Ergebnisplus bei der EVN

Maria Enzersdorf (energate) - Die EVN meldet einen leichten Umsatzanstieg und ein starkes Ergebnisplus für den Zeitraum Oktober bis März. Gründe für den Anstieg des Konzernergebnisses, das im Jahresabstand um 70 Prozent auf 217 Mio. Euro zugelegt hat, war unter anderem der Erlös im Großhandel sowie Sondereffekte in Bulgarien und Nordmazedonien. Auch "Preiseffekte bei der erneuerbaren Stromerzeugung" seien ein zentraler Faktor gewesen, so die EVN. Der Umsatz des niederösterreichischen Landesversorgers legte um drei Prozent auf 2,193 Mrd. Euro zu.

Gewinnabschöpfung und Sonderdividende

Bei der Abschöpfung der Übergewinne rechnet die EVN mit einer Abgabe von 50 Mio. Euro an den Staat. Diese Abschöpfung gilt für 90 Prozent der Überschusserlöse auf die Stromerzeugung. Ihren Schwellenwert wird die Bundesregierung, wie von energate berichtet, von 140 Euro/MWh auf 120 Euro/MWh herabsetzen und damit die Abgabe für Energieerzeuger weiter erhöhen. Zudem will der Vorstand der Hauptversammlung im kommenden Februar zusätzlich zur Dividende von 0,52 Euro eine Sonderdividende von 0,62 Euro je Aktie vorschlagen. Bei knapp 180 Mio. Aktien würde das eine Ausschüttung von insgesamt 205 Mio. Euro bedeuten. Die EVN gehört zu 51 Prozent dem Land Niederösterreich. Die Wiener Stadtwerke halten weitere 28,4 Prozent, 19,6 Prozent sind in Streubesitz. Ein Prozent der Aktien halten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie das Unternehmen selbst.

Investitionen steigen - Schulden ebenfalls

Die Investitionen will die EVN im laufenden Geschäftsjahr auf rund 600 Mio. Euro anheben, davon drei Viertel in Niederösterreich. Unter anderem baut der Versorger neue Stromnetze, drei Windparks mit insgesamt 72 MW sowie Photovoltaik mit 36 MW. Gleichzeitig steigt auch der Schuldenstand des Unternehmens auf netto 1,75 Mrd. Euro. Trotzdem betont die EVN, über eine "solide und stabile Kapitalstruktur" zu verfügen. Die höheren Schulden resultierten teilweise aus dem Ausgleich für die Vertriebsparte, in der das Unternehmen im Halbjahr einen Verlust von 223 Mio. Euro meldet.

Das wiederum erklärt die EVN mit Rückstellungen für drohende Verluste bei der Lieferung sowie mit gestiegenen Beschaffungskosten, die nur zeitverzögert weitergegeben werden können. Auch die Gasvorräte, die das Unternehmen im Vorjahr zur Sicherheit, aber zu hohen Kosten anlegen musste, wirken hier belastend. Den Gewinn geschmälert haben auch die höheren Kosten für Netzverluste bei der Konzerntochter Netz NÖ und Beschaffungskosten bei der EVN Wärme.

Deutlich geringere Stromerzeugung

In den sechs Monaten hat die EVN mit 1.573 GWh um gut ein Fünftel weniger Strom erzeugt als im gleichen Zeitraum des Vorjahres, weil die Wasserführung gut, aber das Winddargebot

schwach gewesen sei, hieß es. Weil deswegen die Schwankungen in der Erzeugung deutlich geringer waren, musste der Versorger auch das eigene Gaskraftwerk Theiß im Auftrag der APG seltener zur Stabilisierung der Netze aktivieren.

Südosteuropa als tragende Säule

Ein Blick in die Ergebnisse zeigt auch die starke Position dieses Versorgers in den Märkten Südeuropas. In Österreich und Deutschland beispielsweise hat die EVN im Halbjahr rund 4.200 GWh Strom an Endkunden geliefert, in Südosteuropa dagegen knapp 6.000 GWh. Auch beim Umsatz war Südosteuropa mit 900 Mio. Euro das stärkste Segment.

Die Zahl der Beschäftigten der EVN erhöhte sich zuletzt um knapp 40 auf 7.185. Bei der Prognose für das Gesamtjahr rechnet der Vorstand, wie von energate berichtet, mit einem Ergebnis "am oberen Ende der kommunizierten Bandbreite von 250 Mio. Euro". /pm

Von Peter Martens

ENERGIEWENDE

Studie: Österreich könnte Ziele des EAG bis 2030 verfehlen

Wien/Berlin (energate) - Österreich könnte sein Ziel, bis 2030 den gesamten Strombedarf bilanziell aus Erneuerbaren zu decken, verfehlen. Das Ziel sei zwar bis 2035 erreichbar, dann allerdings nur mit einem Ausbaubedarf von circa 40 TWh. Die aktuell im Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz (EAG) festgeschriebenen 27 TWh bis 2030 werden hierfür nicht ausreichen, erklärte Florian Haslauer in einer Studie des Berliner Beratungsunternehmens Eventure Consulting. Zuvor hatten auch Vertreter der österreichischen Energiewirtschaft wiederholt darauf hingewiesen. Trotz des starken Ausbaus und der bilanziellen Deckung des Jahresstromverbrauchs durch Erneuerbare sei eine bedarfsgerechte und sichere Stromversorgung ausschließlich durch Photovoltaik, Wind- und Wasserkraft nicht zu gewährleisten, resümierte Haslauer.

"Entweder Überschüsse oder Defizit"

"In einem von wetterabhängiger Erzeugung geprägten Stromsystem ist zu keiner Zeit eine genaue Deckung des Bedarfs durch Erneuerbare gegeben", sagte Haslauer. Entweder fallen Überschüsse an oder es bestehe ein Defizit. Es sei wichtig, mit der Vorstellung aufzuräumen, nur mit erneuerbarer Stromerzeugung den Strombedarf jederzeit abzudecken, erklärte der Experte.

Zudem seien im Jahr 2035 trotz einer hundertprozentig bilanziellen Abdeckung des Strombedarfs durch Erneuerbare flexible Kraftwerkskapazitäten in signifikantem Ausmaß erforderlich. Aus heutiger Sicht seien das erdgasbetriebene und teilweise wasserstoffbetriebene Gaskraftwerke, heißt es in der Studie. Eine Analyse zeige darüber hinaus, dass durch den weiteren Ausbau der erneuerbaren Erzeugung der Bedarf an flexiblen Kapazitäten nicht deutlich reduziert werden kann.

Hohe Kosten, keine günstigeren Strompreise

Schlussendlich seien mit dem Umbau des Stromsystems auch hohe Investitionen verbunden. Für den Ausbau der notwendigen Kapazitäten im Bereich PV, Wind- und Wasserkraft rechnet Eventure mit Kosten von rund 31 Mrd. Euro. Der Aufbau flexibler Erzeugung und Speicher schlägt nochmal mit circa 5 Mrd. Euro zu Buche. Zusätzlich rund 30 Mrd. Euro sind für den Ausbau der Übertragungs- und Verteilnetze zu veranschlagen.

Zudem werden infolge des Umbaus des Energiesystems auf erneuerbare Energiequellen die Strompreise nicht sinken. Für die nächsten zehn Jahre erwartet das Beratungsunternehmen die Strompreise zumindest auf dem doppelten Niveau im Vergleich zu den vergangenen 15 Jahren. Dies spiegle die Kosten der Dekarbonisierung und der Energiewende wider, hieß es. Es müsse klargemacht werden, dass mit der Erhöhung der erneuerbaren Stromerzeugung die Strompreise langfristig nicht sinken, meinte Haslauer.

Modellierte Lastkurve als Grundlage der Studie

Als Grundlage für die Studie diente eine modellierte Residuallastkurve für 2035 mit Annahme zu Stromverbrauch, Erzeugungsstruktur und Flexibilitätspotenzialen, erklärte das Beratungsunternehmen. Zudem wurde der Bruttobedarf an flexibler Last, der sich aus einer bilanziell ausgeglichenen Erzeugung von erneuerbarem Strom ergibt, berechnet und den unterschiedlichen Flexibilitätspotenzialen gegenübergestellt. Aus der verbleibenden Defizitlast wurde dann der Bedarf an zusätzlich zu schaffender flexibler Erzeugung abgeleitet, erklärte der Experte. /af

Von Alexander Fuchssteiner

3 FRAGEN AN SUSANNE HÄSSLER, STADT WIEN

"Jeder Beitrag zählt"

Wien (energate) - Die Stadt Wien sucht sogenannte SolarpartnerInnen. Mitmachen können etwa Unternehmen, die bereits eine PV-Anlage besitzen oder die Installation planen. Welche Vorteile den Betrieben daraus erwachsen, erklärte die Programmleiterin der Sonnenstrom-Offensive der Stadt Wien, Susanne Häßler, im Interview mit energate.

energate: Wie kann ein Betrieb SolarpartnerIn der Stadt Wien werden?

Häßler: Das geht ganz einfach: Wiener Betriebe, die bereits eine Solaranlage am Dach haben oder ein Solarprojekt planen, setzen sich einfach per Mail oder telefonisch mit uns in Verbindung. Die Solarpartnerschaft ist auch unabhängig davon, wie viel Sonnenstrom ein Betrieb produziert - jeder Beitrag zählt.

energate: Welche Vorteile bietet die Solarpartnerschaft den Unternehmen?

Häßler: Insgesamt haben wir es uns mit der Sonnenstrom-Offensive zur Aufgabe gemacht, aktiv auf möglichst viele Betriebe und Bauträger in Wien zuzugehen und über die unterschiedlichen Unterstützungsan-

gebote wie beispielsweise Beratung oder PV-Förderungen der Stadt zu informieren. Wir fördern aber auch bewusst den Austausch zwischen unseren SolarpartnerInnen - vor allem durch unsere verschiedenen Vernetzungsveranstaltungen. Wir sind überzeugt, dass Betriebe so gegenseitig von ihren Erfahrungen profitieren können. Gleichzeitig bieten wir mit unserem Kompetenzzentrum “Erneuerbare Energien“ professionelle Beratung auch für sehr spezifische Technologien und Solarprojekte. Nicht zuletzt können Unternehmen die Solarpartnerschaft mit der Stadt Wien auch kommunikativ nutzen: Sie zeigen, dass sie den Weg der Stadt in die Energiewende mitgehen und sich für eine klimafreundliche Zukunft einsetzen.

energategate: Ab 2024 wird SolarpartnerInnen auch ein Preis verliehen. Was hat es damit auf sich?

Häßler: Der Solarpreis soll besonders innovative und technisch anspruchsvolle Projekte auszeichnen. Dabei sollen auch Solarlösungen, die in der Architektur integriert sind, etwa auf Fassaden oder Flugdächern, mehr Aufmerksamkeit erhalten. Der Preis soll Mut machen und einen Anstoß geben, Projekte zu starten und den Ausstieg aus fossilen Brennstoffen voranzutreiben.

Die Fragen stellte Alexander Fuchssteiner.

Profitieren Sie von tiefergehendem Expertenwissen!

Die Add-ons des energategate messenger⁺ bieten Ihnen **Hintergrundwissen** und **Inhalte mit besonderem Mehrwert** zu unterschiedlichen Themenschwerpunkten.

Jetzt mehr erfahren!

